

bdo . Reinhardtstr.25 . 10117 Berlin
Bundesminister des Bundesministeriums
für Wirtschaft und Klimaschutz
Herrn Dr. Robert Habeck
11019 Berlin

Der Präsident

Bundesverband Deutscher
Omnibusunternehmen e.V.

Reinhardtstraße 25
10117 Berlin

T +49 30 24089-300
karl.huelsmann@bdo.org
www.bdo.org

vorab per E-Mail

2022-04-04

Möglichkeiten des „EU-Temporary Crisis Frameworks“ nutzen – Busunternehmen stützen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die fortwährend hohen Dieselpreise bleiben für viele Busunternehmen existenzbedrohend – trotz der angekündigten Senkung der Energiesteuer. Zwei Jahre COVID-19, mit temporären Fahrverboten für Reisebusse, haben die Eigenkapitaldecke des Busmittelstandes nahezu aufgebraucht. Liquide Mittel sind nicht mehr vorhanden. Die gestiegenen Dieselpreise in dieser Dimension sind durch die Unternehmen nicht zu verkraften. Der angekündigte Energiesteuer-Rabatt von 14 Cent ist leider nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“ und wird die Unternehmen nicht vor der Insolvenz schützen. Denn diese sind an ihre Verträge gebunden und können die Kostensteigerung, aufgrund fehlender Preisgleitklauseln im ÖPNV sowie aufgrund des Pauschalreisrechts im Gelegenheitsverkehr, kaum weitergeben.

Es ist daher notwendig, dass weitere Hilfen, in Form von Zuschüssen, auf den Weg gebracht werden.

Sehr geehrter Herr Minister, wir möchten Sie dringend bitten, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung den gesamten Instrumentenkasten nutzt, um betroffenen Unternehmen durch diese schwere Krise zu helfen. Wir möchten in diesem Zusammenhang auf den **„Befristeten Krisenrahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft infolge der Aggression Russlands gegen die Ukraine“** der EU hinweisen. Die Kommission ermöglicht damit den Mitgliedstaaten unter gewissen, leicht zu erfüllenden, Voraussetzungen, Unternehmen durch Zuschüsse zu stützen.

Die Bundesregierung muss diesen Weg gehen, um die Versorgung mit nachhaltiger Mobilität – insbesondere im ländlichen Raum – zu sichern. Uns ist zugetragen worden, dass bereits an Hilfsmaßnahmen für besonders betroffene Branchen gearbeitet wird.

Falls dies der Fall ist, muss die Busbranche unbedingt berücksichtigt werden. Die Maßnahmen müssen die folgenden Kriterien erfüllen, damit sie den Busunternehmen helfen:

- **Zeitnah, rückwirkend und unbürokratisch:** Seit fast 2 Monaten müssen Busunternehmen die gestiegenen Dieselpreise verkraften. Die Liquidität ist bei vielen (nahezu) aufgebraucht. Hilfen müssen schnell fließen und müssen unkompliziert beantragt werden können. Die Unternehmen verfügen über die notwendigen Nachweise, wie viel Diesel sie, seit Beginn der Krise, zu welchem Preis, bezogen haben.
- **Hilfen auch für Mischbetriebe:** Die Regeln für Zuschüsse müssen so gestaltet sein, dass Mischbetriebe nicht wieder durch das Raster fallen. Bei den Überbrückungshilfen sind Busunternehmen mit Bussen im ÖPNV und Fern- oder Reiseverkehr vielfach nicht antragsberechtigt. Die Vorgaben zu den Umsatzeinbrüchen werden bei einem starken ÖPNV-Anteil nicht erfüllt. Aber gleichzeitig dürfen die Verluste im Fern- und Reiseverkehr durch europarechtliche Vorgaben nicht durch Einnahmen im ÖPNV ausgeglichen werden. Dieses Desaster darf sich nicht wiederholen.

Herr Minister, wir bitten Sie, sich unserem Anliegen anzunehmen und sich innerhalb der Bundesregierung für eine Unterstützung der für die Daseinsvorsorge so essentiellen Busbranche einzusetzen.

Für Rückfragen und weitere Details stehen wir jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesverband Deutscher
Omnibusunternehmen e. V.



Karl Hülsmann
Präsident



Christiane Leonard
Hauptgeschäftsführerin